

Datum	06.10.2020
Zahl	FE3-BAU-4041/2020 (006/2020) Bei Eingaben Geschäftszahl anführen!
Auskünfte	Mag. Derhaschnig
Telefon	050 536-67264
Fax	050 536-67200
E-Mail	post.bhfe@ktn.gv.at
Seite	1 von 2

Betreff:

**HJS Nockhütten GmbH, Hochrindlstraße 17, 9571 Albeck;
Errichtung eines mehrgeschossigen, mehrteiligen Hauptgebäudes mit unterschiedlichen gewerblichen
Nutzungskategorien auf Gst. Nr. 920/2, KG 72335 Sirnitz**

Ö f f e n t l i c h e B e k a n n t m a c h u n g e i n e r m ü n d l i c h e n V e r h a n d l u n g

In folgender Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung anberaumt:

**Antrag der HJS Nockhütten GmbH, Hochrindlstraße 17, 9571 Albeck, um baurechtliche Bewilligung für die
Errichtung eines mehrgeschossigen, mehrteiligen Hauptgebäudes mit unterschiedlichen gewerblichen
Nutzungskategorien auf Gst. Nr. 920/2, KG 72335 Sirnitz.**

Ort: vor Ort, Gst. Nr. 920/2, 72335 Sirnitz

Datum: 21.10.2020

Zeit: 09:30 Uhr

Beteiligte können persönlich zur Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte entsenden oder gemeinsam mit ihrem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bevollmächtigter/Bevollmächtigte kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der/Die Bevollmächtigte eines/einer Beteiligten muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn sich der/die Beteiligte durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (zB einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhänder/eine Wirtschaftstreuhänderin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lässt,
- wenn der/die Bevollmächtigte des/der Beteiligten seine/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn sich der/die Beteiligte durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lässt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn der/die Beteiligte gemeinsam mit seinem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommt.

Beteiligte können **während der Amtsstunden** in folgende Pläne und sonstige Behelfe Einsicht nehmen: Projektunterlagen

Ort der Einsichtnahme:

Bezirkshauptmannschaft Feldkirchen, 3. Stock, Zimmer 3.03

Abgesehen von dieser Bekanntmachung und der persönlichen Verständigung der uns bekannten Beteiligten wird die Verhandlung durch

- Verlautbarung/Kundmachung auf der elektronischen Amtstafel der Behörde (http://www.ktn.gv.at/44939_DE-BH-Feldkirchen-Amtstafel_Kundmachungen)
- Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde Sirnitz und der Gemeinde Deutsch-Griffen

kundgemacht.

Beteiligte verlieren ihre Parteistellung, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei uns oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Hinweis betreffend SARS-CoV-2 bzw. COVID-19:

Auf der Grundlage des **§ 3 Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz – COVID-19-VwBG** ist die Augenscheinverhandlung im Sinne der Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltungsrechtspflege unbedingt erforderlich und liegen keine Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch COVID-19 Maßnahmen zur Teilnahme an der Verhandlung vor. Die Amtshandlung wird nur durchgeführt, wenn sichergestellt ist, dass am Ort der Amtshandlung zwischen den Personen ein **Abstand von mindestens einem Meter** eingehalten werden kann. Personen, die keine **den Mund- und Nasenbereich gut abdeckende mechanische Schutzvorrichtung** als Barriere gegen Tröpfcheninfektion tragen, können vom Leiter der Amtshandlung von der Amtshandlung ausgeschlossen werden; dies gilt nicht für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr oder für Personen, denen aus gesundheitlichen Gründen das Tragen der Vorrichtung nicht zugemutet werden kann.

Rechtsgrundlagen:

§§ 1 Abs 2 lit d, 3 Abs 2, 6 lit a, 16 Abs 1 und 2 und 23 der Kärntner Bauordnung 1996 – K-BO 1996, LGBl. Nr. 62/1996, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 71/2018;

§§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018;

Für den Bezirkshauptmann:
Mag. Derhaschnig

LAND  KÄRNTEN

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <https://www.ktn.gv.at/amtssignatur>. Die Echtheit des Ausdrucks dieses Dokuments kann durch schriftliche, persönliche oder telefonische Rückfrage bei der erledigenden Stelle während ihrer Amtsstunden geprüft werden.